Nr. 250 19. Jahrg.

Geschäftsstelle und Redaktion: Dresden-A. 16. Holbeinstraße 46

Sonnabend, 30. Oktober 1920

Fernsprecher 21 393
Postscheckkonto: Leipzig Nr. 14797

Sächsische Volkszeitung

Bezugspreis: Vierteljährlich in der Geschäftsstelle oder von der Post abgeholt Ausgabe A mit Illustr. Beilage 10.20 M Ausgabe B 9.45 M. In Dresden und ganz Deutschland frei Haus Ausgabe A 10.65 M, Ausgabe B 9.90 M. — Die Sächsische Volkszeitung erscheint an allen Wochentagen nachm. — Sprechstunde der Redaktion: 11 bis 12 Uhr vorm.

Anzeigen: Annahme von Geschäftsanzeigen bis 10 Uhr, von Familienanzeigen bis 11 Uhr vorm. — Preis für die Petit-Spaltzeile 1.40 M, im Reklameteil 8.50 M, Familienanzeigen 1.80 M. — Für undeutlich geschriebene, sowie durch Fernsprecher aufgegebene Anzeigen können wir die Verantwortlichkeit für die Richtigkeit des Textes nicht übernehmen

Müde bin ich . . .

Wem ist das schöne Verschen nicht bekannt: „Müde bin ich, geh zur Ruh, schließe beide Aeuglein zu." Es wäre wünschenswert, wenn diese Worte, die ja nur die Einleitung sind zu einem christlichen Kindergebet, recht fleißig bei uns in Deutschland von den Müttern an den Bettchen der Kinder gebetet würden, damit der Segen Gottes über die künftige Generation des deutschen Volkes herabkommen möge. Wenn die Mutter am Bette des Kindes diese Worte gebraucht, dann hat das Kind zumeist sein Tagewerk im Spiel beendet und geschöpft schließt es seine Augen zum Schlaf. Nun sehen wir auch bei uns in unserem engeren Vaterland eine Müdigkeit einreißen, sehen, wie viele die Augen zuschließen und glauben sich zur Ruhe begeben zu können.

Es wird aus verschiedenen Teilen, aus Städten und vom Lande berichtet, daß Wahlmüdigkeit Platz gegriffen habe. Es wird behauptet, man brächte der Landtagswahl am 14. November von der uns gerade noch zwei Wochen trennen, nur wenig Interesse entgegen. Tatsache ist, daß die Wählerlisten in verhältnismäßig geringem Maße eingesehen worden sind und wir wollen hoffen, daß unsere Parteifreunde nicht zu denen gehören, die sich ebenfalls dieses Versäumnisses schuldig gemacht haben. Manch einer hat allerdings geglaubt, er brauchte deshalb nicht mehr nachzusehen, weil er ja bei der letzten Reichstagswahl in der Wählerliste stand. Das mag stimmen, es kann aber auch falsch sein. Jedenfalls müssen aber auch alle diejenigen, die nicht die Wählerliste eingesehen haben, am 14. November zum Wahllokal gehen, weil immer noch auch für sie die Möglichkeit besteht, daß sie trotzdem wählen können, besonders dann, wenn sie bei der letzten Reichstagswahl gewählt haben. In diesem Zusammenhang möchten wir noch auf folgendes hinweisen:

Es bestehen auch anscheinend noch Zweifel darüber, wer wählen darf. So wurde neulich irgendwo der Meinung Ausdruck gegeben, daß nur diejenigen wählen dürfen, die im Besitz der sächsischen Staatsangehörigkeit wären. Das ist falsch. In § 2 des Landeswahlgesetzes heißt es, daß alle Reichsdeutschen, Männer und Frauen, die am Wahltage (also am 14. November), das 20. Lebensjahr vollendet haben und in Sachsen wohnen, wahlberechtigt sind. Ja, das Wahlgesetz geht insofern noch weiter, als es sagt, daß der Wohnsitz in Sachsen nicht Voraussetzung für die Wahlberechtigung sächsischer Staatsbeamter und staatlicher Arbeiter ist, die außerhalb Sachsens wohnen, sowie der Angehörigen ihres Hausstandes. Also jeder, der die Reichsangehörigkeit hat, darf wählen. Darüber sagt Wöller in seinem Kommentar zum Landeswahlgesetz folgendes: „Reichsangehörigkeit entweder auf Grund der Staatsangehörigkeit in einem Lande, die durch Geburt, durch Legitimation, bei Frauen durch die Eheschließung, bei Deutschen durch Aufnahme, bei Ausländern durch Einbürgerung erworben wird." Also wahlberechtigt in Sachsen sind auch alle Schlesier, alle Bayern, alle Rheinländer, alle Westfalen, die Angehörigen aller preußischen Landesteile, alle Thüringer usw., ja auch Deutsche mit Elsaß-Lothringischer Staatsangehörigkeit sind deutsche Reichsangehörige geblieben, soweit sie nicht nach Artikel 79 des Friedensvertrages wegen ihrer französischen oder altelsaß-lothringischen Herkunft oder weil sie Franzosen geworden sind oder die französische Staatsangehörigkeit erhalten haben. Das heißt also, daß diejenigen Elsaß-Lothringer, die bei uns in Sachsen ihren Wohnsitz haben, wahlberechtigt sind, und am 14. November wählen können. Die Deutsch-Oesterreicher sind allerdings nicht wahlberechtigt, soweit sie nicht inzwischen die deutsche Staatsangehörigkeit erworben haben. Für diejenigen, die wirklich am 14. November dringlich verreisen müssen, ist es von Wichtigkeit, zu wissen, daß, wenn diese Reise sich über Sachsen hinaus nicht erstreckt, sie mit einem Wahlschein versehen werden können, der sie zur Ausübung des Wahlrechtes auch in anderen Orten berechtigt. Es sind also alle Voraussetzungen zum Wählen gegeben.

Aber allgemein wird, wie gesagt, über Wahlmüdigkeit geklagt. Soweit wir es bis jetzt übersehen können, sind allerdings die Versammlungen der Christlichen Volksparteiüberall verhältnismäßig gut besucht gewesen. Trotzdem läßt sich nicht verkennen, daß tatsächlich eine gewisse Wahlmüdigkeit vorhanden ist. Viele sagen, es sei nun genug gewählt worden, und man habe das Wählen satt. Andere meinen, die Bedeutung des Landtages sei ja keine allzu große. Das sind alles Auffassungen, die durchaus nicht haltbar sind und gegen die wir auf das Entschiedenste anzukämpfen unsere Freunde im ganzen Lande dringend bitten. Gewiß haben die Verhältnisse es mit sich gebracht, daß in den beiden letzten Jahren außerordentlich viel gewählt werden mußte. Aber die verfassunggebenden Parlamente sollen ja jetzt eben abgelöst werden von ordnungsgemäßen Körperschaften, deren Tätigkeit sich auf vier Jahre erstrecken soll. Wenn auch gewiß die Reichsgewalt eine stärkere geworden ist, so darf doch gerade von unserer Seite nicht verkannt werden, welch große Bedeutung heute auch noch die Parlamente der einzelnen Länder haben. Das ist ja an dieser Stelle schon oft genug ausgeführt und wohl auch hinreichend begründet worden. Neben den wirtschaftlichen und sozialen Fragen brauchen wir nur an die kulturellen Fragen zu erinnern. In seiner großzügigen Rede am Donnerstag im Reichstage hat der Abgeordnete Trimborn die Forderung nach einer loyalen Durchführung des Schulkompromisses erhoben. Er hat damit auf die bevorstehende Einbringung des Reichsschulgesetzes hingedeutet. Da muß vor allem auf eines hingewiesen werden, daß die Ausführung dieses Reichsschulgesetzes den einzelnen Ländern zufallen wird. Dasselbe gilt von der Frage der Trennung von Kirche und Staat. Dazu kommen die großen wirtschaftlichen und sozialen Fragen. Nein, im Ernste kann niemand behaupten, daß der Landtag keine großen Aufgaben mehr zu erfüllen hätte. Und darüber soll und kann kein Zweifel gelassen werden, daß die Wahlmüdigkeit nur den Parteien zugute kommen würde, die den Kulturkampf nach dieser oder jener Richtung hin auf die Fahne geschrieben haben.

Es ist wirklich keine Zeit zu sagen, daß wir müde seien und die Augen schließen wollen. Das christliche Volk möge die Zeichen der Zeit nicht übersehen. In diesen Tagen ist erneut der Kampfruf in mehreren Orten auch von rechts wiederum gegen die Christliche Volkspartei, das Zentrum, aufgenommen worden. Es wird darüber noch in den nächsten Tagen ein Wort zu sprechen sein. Daß von diesen Kreisen ein Kampf persönlich gehässiger Art geführt wird, ist bedauerlich, zeigt aber nur die Schwäche derer, die diesen Kampf in Szene setzen.

Wenn wir dafür sorgen wollen, daß christliche Sitte und christlicher Glaube erhalten bleiben, wenn wir wünschen, daß der Geist, der aus den Gebeten der Mütter beim Zubettegehen der Kinder spricht, erhalten bleiben soll in unserem Volke, dann müssen wir uns auch zu der Erkenntnis durchringen, daß — man mag das bedauern oder nicht — es eben heute Tatsache ist; auch diese Fragen werden heute auf politischem Boden entschieden, und darum darf es für keinen unsrer Anhänger heißen: „Müde bin ich . . ." Es muß vielmehr das Bewußtsein die Oberhand gewinnen, daß wir wacher denn je sein müssen. Es ist keine Zeit jetzt, um die Augen zu schließen, sondern es ist mehr denn je die Zeit gekommen, die Augen offen zu halten. Erneut rufen wir unseren Freunden zu, unermüdlich in den beiden kommenden Wochen zu arbeiten. Wir haben wirklich keine Zeit müde zu sein, und wir sind überzeugt, daß unsere Anhänger draußen im ganzen Lande auch mehr denn je vom Bewußtsein getragen sind, welch große Aufgaben wir zu erfüllen haben. Unter diesem Gesichtspunkt müssen die Vorarbeiten für den 14. November gewürdigt werden. Wir wollen wachen . . . .

hsl.

Zentrum und Reichsschulgesetz

Wie schon gestern berichtet, hat Abg. Trimborn in seiner großen Reichstagsrede am Donnerstag mit größter Entschiedenheit zur Schulfrage Stellung genommen. Bei der Wichtigkeit der Frage tragen wir diese Ausführungen im Wortlaut nach:

„Wir erwarten auf das bestimmteste, daß das in der Verfassung vorgesehene Reichsschulgesetz sich als eine absolut loyale Ausführung des Weimarer Schulkompromisses darstellt (Beifall im Zentrum.) Eine Sabotage dieses Schulkompromisses durch die zur Ausführung notwendige Gesetzgebung werden wir unter keinen Umständen zulassen. (Erneuter lebh. Beifall.) Das Kompromiß bildet aber auch, wie ich mit aller Bestimmtheit erkläre, die äußerste Grenze dessen, was wir anderen Meinungen über die Einrichtung des Schulwesens einzuräumen gewillt und in der Lage sind. Dabei sind wir durchaus der Meinung, daß eine gesunde Weiterentwicklung unseres Schulwesens eine Lebensnotwendigkeit für unsere Volksgemeinschaft ist. Wir sind entschlossen, sie tatkräftig zu fördern, sind aber auch der Ansicht, daß dazu die Verfassungsbestimmungen, wenn sie dem Sinne des Kompromisses entsprechend ausgeführt werden, in ausreichendem Maße Raum und Gelegenheit geben. Ein wesentlicher Grundgedanke des Kompromisses ist die Freiheit für die verschiedenen Weltanschauungen, sich auf dem Schulgebiete Geltung zu verschaffen. Es soll niemand vergewaltigt werden — aber auch nicht die Anhänger der Konfessionsschule. (Lebh. Beifall und Zustimmung im Zentrum.)

Ein zweiter Grundgedanke des Kompromisses, an dem wir unerbittlich festhalten, ist, daß bei der Errichtung der Schulen und bei ihrer Ausgestaltung der Wille der Erziehungsberechtigten, insbesondere der Eltern, voll zur Geltung kommen. Wir sind deshalb auch Freunde der Elternräte, die nach unserer Ansicht am besten unter gleichberechtigter Zuziehung von Geistlichen und Lehrern einen wesentlichen Teil des Schulorganismus bilden sollen. Wir werden nicht dulden, daß, wie in so manchen Zeitungsnachrichten zutage tritt, der freie Wille der Erziehungsberechtigten, namentlich auch der Minderheiten, unterdrückt wird, durch eine illoyale rücksichtslose Auslegung des in Artikel 146 enthaltenen Begriffs des „geordneten Schulbetriebs". Ein Schulgesetz, das in den hier angelegten Beziehungen nicht dem Sinne des Weimarer Kompromisses entspricht, drängt uns unerbittlich in die Opposition." (Lebhafter Beifall im Zentrum.)

Die Rede des Außenministers Dr. Simons

Berlin, 29. Oktober

Der Außenminister Dr. Simons sprach im Reichstage das Wort von der Hoffnung der Regierung auf den „neuen" Frieden. Diese Aeußerung liegt auf der Linie der Politik, die Simons als die seine seit seinem Amtsantritt bezeichnet hat und die auf der Grundlage des mit allen Kräften zu unternehmenden Versuches der Ausführung des Versailler Friedensvertrages eine allmähliche Wiederannäherung der gegnerischen Mächte an Deutschland erstrebt. Als Voraussetzung hierfür soll durch die ehrliche aufrichtige Arbeit Deutschlands der gute Wille des deutschen Volkes dargetan und damit das auch heute noch gegen uns bestehende Mißtrauen, welches ja auch hinter jedem einzelnen Paragraphen des Versailler Friedensvertrages steht, beseitigt werden.

Der Zustimmung der erdrückenden Mehrheit des deutschen Volkes und Reiches ist der Reichsaußenminister sicher, wenn er alle Bestrebungen ablehnt, die auf dem Wege einer gewaltsamen Aufputschung des Volkes nur zu neuen kriegerischen Konflikten führen würden. Die Methode der Verständigung und des Ausgleichs unter vernünftiger Abwägung der gegebenen Verhältnisse, namentlich soweit sie in der Leistungskraft unseres Volkes bestimmt sind, wird die Völker wieder einander näher führen. Wenn die Gegner etwas aus Deutschland herausbekommen wollen, dann müssen sie sich mit dem deutschen Volke verständigen, denn nur von einem willigen Volke werden sie die Befriedigung ihrer Ansprüche erwarten können. Darum bezeichnet der Außenminister es durchaus zutreffend als notwendig, daß zunächst einmal eine Verständigung über die tatsächlichen Möglichkeiten der Ausführung des Friedensvertrages geschaffen wird. In diesem Belang ist es wiederum am wichtigsten, zu wissen, ob wir überhaupt einmal zu einer Verständigung über die von uns geforderten Leistungen kommen können und in welchem Sinne und Umfange wir uns verständigen! Bisher wurde über all diese Dinge viel geredet und geschrieben, was nach des Ministers zutreffendem Wort im Grunde eigentlich „für die Tan" war. Denn jede feste Basis fehlte, von welcher aus ein klarer Ueberblick über die Lage und ihre Notwendigkeiten möglich gewesen war.

Trotz der allgemeinen Ungunst der Lage, in der wir uns immer noch befinden, und die uns mit dem zeitlichen Abstand nur um so drückender zum Bewußtsein kommt, konnte der Außenminister doch auch auf einige positive Anzeichen einer gewissen Besserung hinweisen. Das geschah bezüglich des dieser Tage bekanntgewordenen Entschlusses der englischen Regierung, auf die Ausführung derjenigen Bestimmung des Friedensvertrages zu verzichten, welche die Beschlagnahme des deutschen Eigentumes gestattet. Man muß sich aber vor Augen führen, daß diese Vergünstigung in ihrer Wirkung nicht überschätzt werden darf. Es handelt sich nicht um die Freigabe des ganzen deutschen Eigentums, sondern um das nach dem Friedensschluß eingebrachte. Und an der Erhaltung dieses Eigentumes hat doch England, namentlich die englische Handelswelt, ein sehr großes Interesse. Aber der Vorgang bietet Veranlassung zu sagen, daß normale Wirtschafts- und Handels-Beziehungen erst dann wieder möglich sind, wenn der Grundsatz der Unantastbarkeit des Privateigentums unter allen Umständen gewahrt ist. Erfreulich ist es, in diesem Zusammenhange zu vernehmen, daß auch schon Italien seit längerer Zeit der sogenannten Kleindeutschen Eigentum — bis 50 000 M. — und daß selbst Japan das deutsche Eigentum bis zum Werte von 10 000 Yen freigegeben haben.

Um zum „neuen" Frieden zu gelangen, halten viele den Völkerbund für die gegebene Brücke. Wir unsererseits müssen aber gestehen, daß der Völkerbund auf Grund des Vorschlages des Versailler Friedensvertrages keineswegs die Anbahnung eines wirklichen Friedens gestattet. Auch da müssen wir wieder dem Außenminister durchaus zustimmen, der erklärte, daß der im Versailler Vertrag vorgesehene Bund der Völker mit geradezu raffinierten Methoden den Unfrieden in die Völker trage. Ehe nicht der Geist von Versailles, der nichts anderes als der Geist der rücksichtslosen Gewaltanwendung ist, vollständig von dem Geiste der Friedfertigkeit, der Versöhnlichkeit und der ausgleichenden Gerechtigkeit ersetzt ist, wird eine Erneuerung der Welt im Sinne eines „neuen" Friedens wahrhaftig nicht zu erwarten sein. Wie soll Frieden in unsere Herzen kommen, wenn wir urdeutsche Namen heute nur mit tiefstem Schmerz aussprechen können. Wer denkt da nicht an die deutsche Bevölkerung im Saargebiet, die nie aufhören wird, dem Deutschtum zuzugehören, und wer fühlte nicht mit der Bevölkerung der Rheinlande, die eine schwere seelische Not zu bestehen hat. Wir denken auch an unsere Volksgenossen in Oberschlesien, und wir denken an Danzig, das deutsch ist und deutsch bleiben wird, wenn auch ein Paragraphenwerk Danzig als nicht mehr deutsch gestempelt hat. Allen diesen deutschen Schwestern und Brüdern gelten unsere Gedanken und unsere Gefühle, und sie kamen in der Rede des Reichsaußenministers ebenso wie in dem warmen Echo zum Ausdruck, das den bezüglichen Ausführungen folgte. Trotz allem aber wollen wir uns darum bemühen, normale Beziehungen zu unseren ehemaligen Feinden und gerade zu Frankreich herbeizuführen, denn wir haben nur friedliche Interessen mit diesem Lande, und nur die friedliche verständnisvolle Auswirkung der gegenseitigen Interessen kann wieder den Boden schaffen, der ein neues Arbeiten im Geiste des „neuen" Friedens ermöglicht. Man muß dem Außenminister zustimmen, daß alles vermieden werden muß, um unsere schon bitter schwere Situation nicht noch weiter zu verschärfen. Wir empfinden tief uns angetanes Unrecht, und jeder neue „Fall", mag er sich im Osten oder im Westen ereignen, wühlt schmerzlich in unserer Seele. Wir werden und dürfen auch nichts unterlassen, um die nationale Würde zu wahren, und nichts darf verabsäumt werden, um in diesen Dingen unbeugsam und trotz allem stolz und selbstbewußt unseren Standpunkt zu vertreten. Aber an unserer Friedfertigkeit und an unserem Willen, einen wirklichen völkerversöhnenden Frieden als gleichberechtigte Glieder im Rate der Völker herbeizuführen, darf und kann es keinen Zweifel geben.

Der Abg. Stresemann, der nach dem Minister das Wort ergriff, hält sich von einer Erörterung der außenpolitischen Probleme fern. Er wendet sich vielmehr vor allem der wirtschaftlichen Frage zu. Er bezeichnet ein genaues Bild über seine Stellung zur Frage der Sozialisierung des Bergbaues. Auch er ist der Meinung, daß die Bodenschätze der Allgemeinheit gehören; sie dürfen der Privatspeku-